Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 272 — Fernsprecher Nr. 1 — Laasphe, Freitag den 21. November 1930 — 55. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Der Reichspräsident empfing den deutschen Gesandten in Budapest, Dr. von Schoen.

— Der Versuch, im Berliner Braugewerbe die 40-Stundenwoche einzuführen, ist gescheitert. Der Vorschlag kam von den Arbeitgebern. Die Gewerkschaften dagegen haben zur Bedingung der 40-Stundenwoche angemessenen Lohnausgleich und die Einstellung neuer Arbeitskräfte gemacht. Daraufhin haben die Arbeitgeber ihren Vorschlag zurückgezogen.

— In Mainz sind 400 Metallarbeiter der handwerklichen Betriebe in den Streik getreten. Der Grund für die Arbeitsniederlegung dürfte in dem Lohnabbau nach dem neuen Schiedsspruch zu erblicken sein.

— Fast alle pfälzischen Betriebe der Zigarrenindustrie haben ihrem Personal bis zum 1. Januar gekündigt und die Stillegung ihrer Betriebe in Aussicht gestellt. Grund für die Maßnahme soll die beabsichtigte Einführung der neuen Tabaksteuer sein.

— In Gegenwart des amerikanischen Marine-Attachés Castleman lief auf der Kieler Germania-Werft die im Auftrag von K. W. Vanderbilt New York erbaute Motorjacht „Alva" vom Stapel.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin, 20. November.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags fand die

Beratung über die Notverordnung

statt. Hierzu gab Vorsitzender Abg. **Heimann** (Soz.) u. a. folgende Erklärung ab: Es liegen neun Anträge zur Notverordnung vor. Von diesen verlangen zwei, die der Herren Hugenberg und Frick, die gänzliche, drei, die der Herren Torgler (Kom.), Köster (Wirtsch.), Nolte (Hannoveraner), die teilweise Aufhebung der Verordnung vom 26 Juli 1930. Die noch restlichen vier Anträge von den Herren Frick, Hugenberg und Döhrich (Landvolk) beziehen sich auf die Osthilfe und verlangen an Stelle des bezüglichen dritten Abschnittes der Notverordnung von der Reichsregierung die Vorlegung von Spezialgesetzen.

Der Ausschuß beschloß, zunächst eine allgemeine Aussprache über die gesamte Notverordnung vorzunehmen.

Abg. Torgler (Kom.) erklärte in ausführlichen Darlegungen sich gegen die Notverordnungen, deren völlige Aufhebung er im Namen seiner Fraktion verlangte.

Abg. **Reinhardt** (Nationalsf.) unterzog die Notverordnung einer ausführlichen sehr scharfen Kritik und verlangte deren völlige Aufhebung.

Staatssekretär **Zweigert** ließ sich über die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung aus und legte die Gründe für eine vorbehaltlose Bejahung der Verfassungsmäßigkeit dar.

Abg. **Rippel** (Chr.-Soz.) war der Ansicht, daß vieles an der Notverordnung zu ändern sei. Dagegen sei es falsch, die Notverordnung als Ganzes aufzugeben. Weiterberatung am Freitag.

Die englische Regierung.

Unter der Kritik der Opposition.

Wegen ihres Verhaltens in der Abrüstungskommission in Genf hat die englische Regierung eine schlechte Presse. „Daily Mirror" sagt in einem Leitartikel: Der letzte und größte Fehlschlag der sterbenden Regierung ist der völlige Zusammenbruch ihrer so häufig erwähnten Hoffnungen auf Erzielung eines praktischen Abrüstungsplanes. Hierbei handelt es sich tatsächlich um eines der Ziele, die das Volk mit den Bestrebungen der sogenannten Arbeiterpartei in Verbindung bringt.

Nach jahrelanger Vorbereitung und nach zwei Wochen der Haarspalterei und des Gezänks über budgetäre oder direkte Kontrolle haben unsere Vertreter in Genf die Sache als aussichtslos aufgegeben. Denn darauf kommt das ganze hinaus. Es scheint das ausgesprochene Ziel der Sozialisten — das übrigens nicht nur ihnen, sondern allen denkenden Parteien und Menschen am Herzen liegt — von sozialistischen Ministern „verpatzt" worden zu sein.

Der „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitaufsatz: Nach langwierigen Debatten in Genf ist die Abrüstungskommission zu der Feststellung gelangt, daß die Landabrüstung undurchführbar ist. Dies ist trotz Lord Cecils pathetischem Gerede von wirklichem Fortschritt das Ergebnis der Erörterung. Sogar bei der einfachen Aufgabe, einen Plan für die Beschränkung der Heere aufzustellen, ist die Kommission hoffnungslos gescheitert. Nach Hendersons tapferen Worten bei der Eröffnung der diesjährigen Völkerbundsversammlung hätte niemand voraussehen können, daß die britischen Vertreter bei jeder wichtigen Abstimmung für das Verfahren stimmen würden, das die Abrüstung schwierig gestaltet. Das Blatt betont, der einzige Weg, um die Kriegsstärke eines Wehrpflicht-Heeres zu vermindern, bestehe in einer ernstlichen Beschränkung des jährlichen Kontingents. Dies sei die vitale Frage der Länder.

Es sei vollkommen sicher, so sagt das Blatt, daß keine Abrüstung möglich ist, solange Großbritannien die Freunde großer Heere unterstütze. Infolge der Haltung Englands in Genf sei es heute auch in Deutschland schwierig, dem liberalen Standpunkt Geltung zu verschaffen. Die Anhänger der deutschen Wiederaufrüstung erhielten infolge der Erfolge in Genf Kräftezuwachs. Zum Schluß macht „Manchester Guardian" der britischen Arbeiterregierung den Vorwurf, daß sie während der letzten Woche die Aussichten auf Sicherung des Friedens verringert habe.

Reichsetat und Finanzreform im Reichsrat

Reichskanzler Brüning führt den Vorsitz. — Der Bericht des Ministerialdirektors Dr. Brecht. — Dr. Held erhebt Einspruch gegen die „Reichssanierung". — Die Vorlagen meistens angenommen. — Der Dank des Kanzlers. — Eine große außenpolitische Rede von Dr. Curtius.

Berlin, 20. November.

Die öffentliche Sitzung, in der das Plenum des Reichsrates zum Etat und zu den Finanzreformvorlagen der Regierung Stellung nahm, fand wiederum, wie schon die erste Lesung dieser Vorlagen, im großen Sitzungssaal des Haushaltsausschusses unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning statt. Reichsfinanzminister Dietrich war ebenfalls anwesend, ebenso Reichsaußenminister Dr. Curius und Reichswehrminister Gröner und die Ministerpräsidenten Dr. Braun und Dr. Held.

Als Generalberichterstatter für das Haushaltsgesetz und die einzelnen Haushalte nahm das Wort der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Er betonte, daß die schnelle Erledigung des Etats große Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundung habe, und hob hervor, daß die Reichsregierung bereits zahlreichen Wünschen des Reichsrats entsprochen habe. Ferner habe die Reichsregierung einige vom Reichsrat gewünschte finanztechnische Streckungsmöglichkeiten angewandt.

Die gesamten Nettoausgaben gingen gegen 1930 um 1314.4 Mill. RM. zurück auf 10 302.8 Mill. Von der Minderausgabe von fast 1½ Milliarden, die eine außerordentliche Leistung darstelle, kämen 63 Millionen auf Gehaltskürzungen beim Reich und 406 Millionen auf Kürzung der Ueberweisungen an die Länder, von denen wiederum 270 Mill. Wirkungen der Gehaltskürzungen seien. Die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenfürsorge habe eine Verminderung der Reichszuschüsse um 265 Mill. ergeben. Abgestrichen seien auch 47 Mill. Beihilfe für die Grenzgebiete. Die persönlichen Kosten seien von ihrem höchsten Stande im Jahre 1928 mit 2766 Mill. für 1931 auf 2527 Mill. zurückgegangen. Dazu kämen bei der Reichspost 62.5, bei der Reichsbahn 82, bei Ländern und Gemeinden 270, insgesamt gegen 1930 allein rund 580 Mill. Personalkosten weniger, davon 478 infolge der Gehaltskürzung. Als Grenzbeihilfe für den Osten seien einschließlich der landwirtschaftlichen Ostfonds 107 Mill. eingestellt, weitere 50 Mill. sollten aus der Industriebelastung verwendet werden. Während der Entwurf für den Westen angesichts der Notlage einen Leertitel empfiehlt, hätten die Ausschüsse fünf Millionen für den Westen im ordentlichen und zehn Millionen im außerordentlichen Etat eingesetzt.

Die Renten für die Kriegsteilnehmer blieben ungefähr in gleicher Höhe. Der Reichsrat habe fünf Millionen Abschlag an den Kosten dieser Verwaltung beschlossen und wünsche ihre Verbindung mit den stehenden Verwaltungen. Ebenso seien auf Antrag Preußens fünf Millionen bei der Finanzverwaltung abgestrichen worden mit Rücksicht auf die anzustrebende Vereinfachung. Für die Wehrmacht seien 657.5, rund 22.5 Mill. weniger als voriges Jahr, angefordert worden. 15.9 Mill. des Unterschiedes kämen auf Gehaltskürzungen und 9.9 Mill. auf Erhöhung der Einnahmen, vor allem durch Verwertung alter Kriegsschiffe, so daß sachlich 3.3 Mill. mehr als 1930 eingesetzt seien. Angesichts der Anforderung der ersten Rate für ein Panzerschiff („Ersatz Lothringen") und des weiteren Bauprogramms hätten die Ausschüsse anerkannt, daß die überalterten Linienschiffe ersetzt werden müssen, wenn nicht die Bemannung ersatzlos von ihnen heruntergenommen werden müßte. Die Ausschüsse hätten aber zum Ausdruck gebracht, daß das Programm nur „als Anhalt" mitgeteilt werde. Der preußische Antrag, bei Heer und Marine weitere je zehn Mill. RM. für 1931 mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage pauschal abzusetzen, was auch mit der Preissenkung für die Rohstoffe begründet war, sei in den Ausschüssen mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Für die Arbeitslosenversicherung würden 1931 keine Reichsbeiträge eingesetzt, weit notfalls die 6½prozentigen Versicherungsbeiträge für das ganze Jahr gezahlt werden sollen. Der dadurch entstehende Betrag von 2116 Millionen würde für die gleiche Zahl von Arbeitslosen reichen wie 1930.



Das erste Bild der zerschossenen „Baden".

Der deutsche Dampfer ist, wie erinnerlich, während der Revolution in Brasilien bei der Einfahrt in den Hafen von Rio de Janeiro unter Feuer genommen worden. Eine große Zahl von Toten und Verletzten war zu beklagen.

Bei den kulturellen Ausgaben des Reiches, die von 35.4 Mill. 1930 auf 30.3 Mill. gesenkt seien, hätten die Ausschüsse einige Streichungen gemildert, so zugunsten der Erziehungsbeihilfen, wo sie statt 570 000 nur 270 000 RM. streichen wollen.

Bei den Einnahmen sei die Schätzung der Steuern und Zölle mit insgesamt 9794.6 Mill. (gegen das Vorjahr ein Weniger von 1131 Mill.) zu hoch, falls die schlechte Wirtschaftslage voll anbauere. Nach Ansicht der Reichsratsausschüsse müßte man einige hundert Millionen weniger ansetzen. Die höhere Schätzung der Regierung gehe davon aus, daß 1931 die Wirtschaftslage sich fühlbar bessere. Wenn nicht, müßte man, bei Aufrechterhaltung der Realsteuersenkung, die Vermögensreserven weiter angreifen oder die Umsatzsteuer erhöhen, was zugleich die natürliche Besserung gefährden würde. Die Ausschüsse hätten bei der Ledigensteuer 12 Mill. abgesetzt und den neuen Betrag bei den ordentlichen Ausgaben gestrichen. Im Interesse der Kommunen verlangten die Ausschüsse als dringende Aufgabe die Neuregelung des Finanzausgleichs. Ferner legte der Redner namens der Ausschüsse eine Entschließung vor, die u. a. forderte: **Umgestaltung der Versorgungsverwaltung mit dem Ziele der Vereinigung mit anderen Verwaltungen und besondere Fühlungnahme mit dem Reichsrat über die bei Verkleinerung großer Verwaltungen sich ergebende Frage einer schonenden Behandlung der Beamten und Angestellten.**

Dr. **Held** (Bayern) gab eine Erklärung ab, in der zunächst hingewiesen wird auf die katastrophale Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage und der öffentlichen Finanzen. Die Ursache liege nicht nur in dem verlorenen Krieg, sondern auch in verkehrten Steuersenkungsmaßnahmen der jüngsten Vergangenheit und in einer über das Maß des Möglichen hinausgehenden öffentlichen Ausgabenwirtschaft. Die Sanierung der Reichsfinanzen sei unter diesen Umständen dringend notwendig gewesen. Die vorliegenden Maßnahmen machten aber den Eindruck, als ob hier die Reichssanierung auf Kosten der Länder und Gemeinden gemacht werden soll. Es handele sich bei fast allen Maßnahmen um Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder und um Gesetze mit verfassungsänderndem Charakter.

Es handele sich geradezu um ein Reichsdiktat, eine Reichsbevormundung, eine Reichszensur über Länder und Gemeinden. Es entstehe der Eindruck, als sollte damit eine Reichsreform eingeleitet werden, die für Länder und Gemeinden unerträglich wäre. Wenn der Reichsrat sich dennoch zur Zustimmung entschlossen habe, so war dafür bestimmend, daß eine unmittelbare Lebensgefahr besteht, nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden, die daher ein solidarisches Interesse mit dem Reich an der schleunigen Sanierung haben.

Aus der Zustimmung zu den jetzt vorgelegten Sanierungsmaßnahmen dürfen keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden.

Reichsfinanzminister Dietrich erwiderte, die Reichsregierung habe den unvermeidlichen Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder auf ein Mindestmaß reduziert. Sie wolle nicht den Ländern hineinregieren, aber es sei notwendig, die Sparsamkeit nicht nur beim Reich, sondern auch bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden durchzuführen. Das Ziel sei, die Gemeinden nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für die Einnahmen verantwortlich zu machen.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums beantragte für die preußische preußische Staatsregierung Staatssekretär Dr. **Weismann**, zur Förderung der Theaterkultur 150 000 Mark mehr zu bewilligen und den entsprechenden Betrag bei der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zu streichen.

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde ein Antrag der sächsischen Staatsregierung, 250 000 Mark für die Leipziger Messe zu bewilligen, abgelehnt, nachdem sich der Reichsfinanzminister dagegen ausgesprochen hatte.

Bei der dann folgenden Beratung des

Gehaltskürzungsgesetzes

erklärte der Berichterstatter, nach Meinung der Ausschüsse handele es sich bei diesem Gesetz nicht um eine Verfassungsänderung.

Es folgte dann die Beratung der Vorlage zur Aenderung des

Tabaksteuergesetzes.

Die Ausschüsse empfahlen die Annahme der Vorlage in der Kompromißfassung.

Der Vertreter des Freistaates Sachsen bedauerte die im Ausschuß beschlossenen Aenderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie bedeuteten. Sachsen könne dieser Vorlage nicht zustimmen.

Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein Thüringen, Lippe, Bremen und Baden.

Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen.

Angenommen wurden dann die Gesetze über die

Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues,

über weiteren Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und das Kleinwohnungswirtschaftsgesetz.

Reichskanzler Dr. Brüning

nahm dann das Wort, um im Namen der Reichsregierung dem Reichsrat zu danken für die außerordentlich schnelle, hingebende und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Der Reichsrat hat gezeigt, daß auch eine sehr schwere und weittragende Gesetzesmaterie in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden kann. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben dieser schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß danach sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Wir erwarten, daß entsprechend dem ausgezeichneten Vorbild, das der Reichsrat gegeben hat, die hier verabschiedeten Vorlagen in kürzester Zeit Gesetzeskraft erhalten.

Das ist notwendig zur Sicherung des Vertrauens, zur Sicherung unserer Finanzen, aber auch, um überhaupt einer Grundlage für unsere Außenpolitik zu bekommen. Meine letzten Ausführungen an dieser Stelle sind vielfach mißverstanden worden. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik diktieren zu lassen von innerpolitischen Tagesrücksichten oder taktischen Rücksichten in innerpolitischer Beziehung. Der Weg, den die Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung zu gehen hat, wird von ihr gegangen, ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen oder innerpolitische Agitationsbedürfnisse.

Dem Wunsch des Reichsrates entsprechend wird jetzt, ohne daß sich eine Diskussion daran schließt, der Reichsaußenminister das Wort nehmen.

Rede des Außenministers Dr. Curtius.

Reichsaußenminister Dr. **Curtius** ging zunächst ein auf die Verhandlungen mit Litauen über die Memelautonomie und die Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei über die Demonstrationen in Prag.

Zu seinem Hauptthema übergehend erklärte der Reichsaußenminister u. a.:

Es gilt, der Tatsache ins Auge zusehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, die Ordnung in unserem Hause schaffen wollen, auskommen werden, wenn wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgesehen sind. Man wird im Ausland Verständnis dafür erwarten dürfen, daß die Reichsregierung nach Durchsetzung ihres Wirtschafts- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorzulegen hat, ob sie nicht auch zu jenen Schutzmitteln greifen muß.

Es ist völlig abwegig, wenn von gewissen Seiten im Auslande in solcher Haltung der Reichsregierung ein Infragestellen der deutschen Unterschrift gesehen wird. Wir werden den neuen Plan nicht zerreißen, den Vertragsboden nicht verlassen, wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarke.. des Plans gegeben.

Auf die Einzelheiten der Abrüstungsfrage, die zur Zeit in Genf zur Erörterung stehen, will ich hier nicht näher eingehen. Dagegen erscheint es mir geboten, hier gewissen Aeußerungen entgegenzutreten, die wir vor wenigen Tagen aus dem Munde des Chefs der französischen Regierung gehört haben. Während wir in der Abrüstungsfrage folgerichtig und beharrlich die gleiche Linie eingehalten und hierbei in wachsendem Maße Zustimmung sowie Unterstützung anderer Länder erfahren haben, beabsichtigt anscheinend die französische Regierung, eine völlige Kursänderung vorzunehmen.

Sie verläßt nach den Worten ihres Chefs den Boden, der seit 1919 die Grundlage aller Abrüstungsverhandlungen gewesen ist. nur ein spontaner Wunsch der Sieger gegenüberstände? Der französischer Seite gesagt wird, daß von einem vertraglichen Recht Deutschlands auf eine allgemeine Abrüstung nicht die Rede sein könne, daß vielmehr der den Besiegten auferlegten Verpflichtung nur ein spontaner Wunsch der Sieger gegenüberstände? Der französische Ministerpräsident ist ein zu guter Kenner des Vertrages von Versailles, als daß ihm nicht die Bestimmungen bekannt sein sollten, die das ganze Kapitel über die Entwaffnung Deutschlands einleiten. Er ist auch ein zu guter Kenner der Versailler Vorgänge, als daß er nicht wissen sollte, wie in Uebereinstimmung mit dieser Einleitung, das Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte den Zweck der Entwaffnung Deutschlands feststellte.

Es steht deutlich und in bindender Form, daß der Zweck der deutschen Entwaffnung die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung ist.

Der preußische Staatshaushalt.

141.1 Millionen Mark Fehlbetrag. — Die Steuern bereits überspannt. — Auch für Preußen Gehaltskürzung. — 439.6 Millionen Mark Staatszuschüsse für die Volksschulen.

Fast 4 Milliarden Einnahmen und Ausgaben.

Der preußische Haushaltsplan für 1931 balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrage von 3 972 694 910 Mark. Einnahmen und Ausgaben sind damit um 384 264 110 Mark geringer als die entsprechenden Summen des Etats für 1930.

Im einzelnen werden für das kommende Haushaltsjahr die laufenden Einnahmen auf 3 778.7, die einmaligen Einnahmen auf 194 Millionen Mark angesetzt, die dauernden Ausgaben auf 3693.9 und die einmaligen Ausgaben auf 278.8 Millionen Mk.

Große Abstriche an den Ausgaben.

Die Ersparnis ist bei den persönlichen und sächlichen Ausgaben wegen der Finanznot des Staates in sehr erheblichem Umfange durchgeführt worden. In eingehenden Ausführungen legt der Etat dar, daß die Einnahmen des Staates sich durch geringere Ueberweisung an Reichssteuern, geringeres Aufkommen an Landessteuern wegen der schwierigen Wirtschaftslage und die geplante Senkung der Realsteuern erheblich vermindern werden,

während andererseits wegen der zu erwartenden Steigerung der Wohlfahrtslasten bei den Gemeinden der Ausgabenbedarf ein etwas höherer sein mußte. Es habe sich nach Durchführung von Abstrichen schließlich darum gehandelt, einen Fehlbetrag von 141.1 Millionen Mark zu decken.

Der Weg zur Festigkeit der Staatsfinanzen.

Es gebe nur einen einzigen Weg, die Festigkeit der Staatsfinanzen zu gewährleisten, nämlich den, den Umfang der zu leistenden Ausgaben nach den zur Verfügung stehenden Deckungsmitteln zu bemessen. Die Steuern könnten nicht weiter angespannt werden, weil sie bereits überspannt seien.

Den Fehlbetrag habe man wie folgt gedeckt: 82.4 Mill. aus der sechsprozentigen Gehaltskürzung der Beamten einschl. der Kürzung der Diäten und der Ministergehälter, 17.1 Mill. aus Abstrichen bei den Geschäftsbedürfnissen und anderen sächlichen Ausgaben der Verwaltung, 40 Mill. durch Kürzung der einmaligen Ausgaben, wobei vor allem Bauten usw. betroffen werden, etwas über 1 Million durch Kürzung der für persönliche Ausgaben bestimmten Unterhaltungszuschüsse an nichtstaatliche Körperschaften.

An sächlichen Ausgaben verblieben u. a. im Kultusetat für Zwecke der Universitäten 8.1, der Technischen Hochschulen 1.3 und sonstiger wissenschaftlicher Anstalten ebenfalls 1.3 Mill. Die Staatszuschüsse zu den Volksschulunterhaltungskosten werden mit 439.6, die für die evangelischen, katholischen und Synagogengemeinden mit 71.9 Mill. angegeben. Bei der beabsichtigten Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent für 1931 blieben an Neubaumitteln nur noch 291 Mill.

Die Absicht des Reiches, für 1932 den Ländern die Einnahmen aus der Belastung von Bier und Branntwein zu geben und dafür ihre Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftssteuer herabzusetzen, stoße auf den einmütigen Widerstand der Länder.

Die Tabaksteuervorlage.

Von den Reichsratsausschüssen angenommen.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats berieten am Donnerstag die Tabaksteuernovelle in dritter Lesung. Es kam dabei ein Kompromiß zustande. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll ist von 250 auf 200 Mark herabgesetzt. Die Banderolensteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Prozent, die für Zigarren 23 Prozent und die Banderolensteuer für Zigaretten 38 Prozent. Die Materialsteuer für Zigaretten ist auf 450 Mark für den Doppelzentner festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Mit den Aenderungen wurde die Vorlage gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen von den Ausschüssen angenommen.

Die Regierung hat sich mit den Beschlüssen der Ausschüsse einverstanden erklärt. Der Reichsfinanzminister teilte mit, daß die Tabakbelastung jetzt schätzungsweise 1.4 bis 1.5 Milliarden Mark jährlich erbringe. Die Regierung halte damit die Tabakfrage endgültig für erledigt, da ein Monopol auch keine höheren Erträge bringen würde.

Die französischen Goldreserven.

Was die New Yorker Presse meint.

Die Blätter beschäftigen sich noch immer sehr eingehend mit der französischen Ansammlung von Goldreserven und deren Nutzbarmachung. „Times" veröffentlicht in großer Aufmachung den letzten Goldbericht des Aufsichtsrats der Bundesreservebanken, in dem hervorgehoben wird, daß der französische Goldvorrat in dem am 31. Oktober abgelaufenen Jahr um 422 Millionen Dollar zugenommen habe und sich nunmehr auf 1992 Millionen Dollar belaufe, was ungefähr der Hälfte des amerikanischen Goldbesitzes entspreche. „World" weist in einem Leitartikel darauf hin, daß Frankreich mit seinem enormen Goldbesitz von den wirtschaftlichen Beschwerden, die das übrige Europa bedrückten, verhältnismäßig frei sei. Es sei offensichtlich, daß ein großer Teil der finanziellen Verantwortung, die während der meisten Jahre seit dem Weltkriege von den Vereinigten Staaten allein getragen werden mußte, nunmehr auf Frankreich laste.

Deshalb sollte Frankreich auch zum mindesten einen Teil der Verantwortung gegenüber den finanziell weniger begünstigten Länder übernehmen. Daß diese Verantwortlichkeit in Frankreich anerkannt werde, gehe aus den Pariser Meldungen über die Kreditverhandlungen mit England und Italien hervor. Gleichzeitig veröffentlichen die Blätter die ersten Auszüge aus dem Schlußbericht des bisherigen amerikanischen Finanzberaters in Polen, Charles S. Dewey. Sie entnehmen dem Bericht, daß es sich als notwendig erweisen dürfte, Polen weitere Anleihen zu gewähren.

Die indische Frage.

Die Konferenz in London.

Die Erörterungen über die allgemeinen Ziele der Indischen Konferenz am Runden Tisch fanden im St. James-Palast in London ihre Fortsetzung. Nach dem Maharadscha von Patiala, der für den indischen Föderationsgedanken eintrat, erklärte Dr. Monje:

„Das britische Volk denkt und vielleicht denken auch die britischen Offiziere in Indien, daß sie die Bewegung unterdrücken und das indische Volk demoralisieren können. Sie denken, daß sie durch Gewaltanwendung alle diese Schwierigkeiten beseitigen können. Die Zeit ist vorbei — ich spreche offen und aufrichtig, und die Zeit wird niemals wiederkommen, wo irgendwelche Anwendung physischer Gewalt das indische Volk einschüchtern wird. Ich werde niemals dulden, daß gesagt wird, das indische Volk könne sein eigenes Land nicht verteidigen, und daher müsse das britische Volk die Verantwortung übernehmen, Indien zu verteidigen."

Maulana Muhammed Ali erklärte u. a.: Ich will nur in mein Land zurückkehren, wenn ich mit Freiheit in der Hand zurückkehren kann. Ich ziehe vor, in einem fremden Lande zu sterben, so lange es ein freies Land ist. Der Redner zollte dann dem konservativen Vizekönig Lord Irwin höchste Anerkennung und fuhr fort: Ich bin nicht gekommen, um den Dominionstatus zu erbitten. Ich glaube nicht an die Erzielung des Dominionstatus.

Wir sind augenblicklich uneinig, und Ihr herrscht; in dem Augenblick aber, wo wir beschließen, einig zu sein, werdet Ihr nicht mehr in der Lage sein, die Herrschaft über uns auszuüben. Die britische Herrschaft über Indien ist dem Untergang geweiht. Sie muß beseitigt werden. Aber die Freundschaft zwischen Großbritannien und Indien soll fortbestehen.

Die Lage in Spanien.

Unruhen in Sevilla.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer erklärte, wie aus Madrid gemeldet wird, daß an den Gerüchten von einem Aufstand einiger Regimenter nichts Wahres sei. Das Militär stehe hinter der Regierung. Das Heer wünsche nur Gelegenheit zu haben, gegen die zu kämpfen, die die Ordnung stören wollen. Die Regierung sei auf ihrer Hut und fürchte sich vor niemand.

Aus Sevilla wird gemeldet, daß Streikende in Triana Privatautomobile, die nach Sevilla fahren wollten, anhielten und zur Umkehr zwangen. Die Universität ist infolge der Studentenunruhen geschlossen worden. In Alicante können die Zeitungen wegen des Setzerstreiks nicht erscheinen. Bei Demonstrationen der Streikenden vor dem Regierungsgebäude mußte Zivilgarde aufgeboten werden, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Der Gouverneur hat versprochen, alle verhafteten Personen wieder in Freihit zu setzen, falls Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen würde.

Der Rektor und der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Valencia sind wegen der Haltung der Studenten zurückgetreten.

Politische Tagesschau

Die „politische Klausel" des Kirchenvertrages. Die Verhandlungen über den evangelischen Kirchenvertrag werden zur Zeit auf der Grundlage eines vom preußischen Staatsministerium ausgearbeiteten Entwurfs geführt. Es scheinen noch Meinungsverschiedenheiten vor allem über die „politische Klausel" zu bestehen, d. h., über das staatliche Einspruchsrecht bei Besetzung der leitenden evangelischen Kirchenämter. Dabei vertreten, nach einer Blättermeldung, die Kirchen die Auffassung, daß ein Schiedsgericht geschaffen werden müßte, das bei Anwendung des staatlichen Vetorechts zu entscheiden hätte, während auf staatlicher Seite an einem unbedingten, von keiner Instanz abhängigen Einspruchsrecht festgehalten wird.

Aussprache des Reichspräsidenten mit den Kommissaren für die Osthilfe.

Berlin, 21. Nov. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Osthilfe, Reichsminister Treviranus und preußischen Staatsminister Hirtsiefer zusammen mit deren Vertreter, Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Wachsmann, zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Osthilfe. Die Aussprache, die auch die aus Kreisen der Landwirtschaft für die Durchführung der Osthilfe vorgebrachten Anträge und Wünsche umfaßt, ergab Uebereinstimmung in der Auffassung über die für die Osthilfe maßgebenden Grundsätze und die sich hierauf aufbauende weitere Arbeit der Ostst elle.

Vertrauensvotum für die thüringische Regierung.

Weimar, 21. Nov. Der Landtag von Thüringen ging über die Mißtrauensanträge der sozialdemokratischen Fraktion gegen Minister Frick und Staatsrat Marschler auf Antrag der Landvolkfraktion zur Tagesordnung über und nahm den Vertrauensantrag für die Regierung mit 28 Stimmen der Regierungsparteien gegen 25 der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei an. Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Vor der Abstimmung gaben die Parteien Erklärungen ab, von denen besonders die scharfe Erklärung der Nationalsozialisten gegen die Reichsregierung und den Reichsinnenminister Dr. Wirth bemerkenswert war.

Minister Wittemann zum badischen Staatspräsidenten gewählt.

Karlsruhe, 21. Nov. In der heutigen Nachmittagssitzung des Badischen Landtags wurde Innenminister Wittemann (Zentrum) mit 52 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten zum Staatspräsidenten gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde mit 51 Stimmen der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Remmele (Sozialdemokratat) bestellt; 19 Zettel waren weiß.

Aus der Heimat

Freitag den 21. November 1930

—* **Spekulation auf die Leichtgläubigkeit.** Der sogen. Preisrätselschwindel, auf den in der Presse schon wiederholt hingewiesen wurde, nimmt kein Ende, und die Anzeigen der Geschädigten häufen sich. Einige bestimmte Geschäfte in Norddeutschland versenden an alle Welt Prospekte, in denen auf ein von diesen Firmen veranstaltetes Preisausschreiben Bezug genommen und dem Adressaten mitgeteilt wird, daß die von ihm eingesandte Lösung richtig sei, und daß er als Preis einen Musik- oder Radioapparat erhalte, der gegen Einsendung eines Betrages von 7,90 (14,90) M. für „Selbstverpackungs- und Frachtkosten" übersandt werde. Die Empfänger der Prospekte, die sich vielfach an dem Preisausschreiben gar nicht beteiligt haben, lassen sich zur Einsendung des Betrages verleiten in der Hoffnung, für billiges Geld einen wertvollen Apparat zu bekommen. Nach Eingang des Geldes teilt die Firma mit, daß sie, „das Einverständnis annehmend", der Sendung ein Sortiment von 12 Musikstücken gegen Nachnahme eines weiteren Betrages von 21 M. beifügen werde, oder — falls der angebliche Gewinn in einem Radioapparat besteht — die Röhren zu dem Radioapparat gesondert gegen Nachzahlung eines noch höheren Betrages geliefert werden. Besteht nun der „Gewinner" auf Lieferung des Apparates ohne weitere Nachzahlung oder auf Rückerstattung seines Geldes, so entsteht ein endloser Schriftwechsel, da diese Firma immer neue Angebote auf Abnahme anderer Gegenstände (Photoapparate für 4,50 M., Armbanduhren usw.) macht. Schließlich wird dann eine Nachnahmesendung zugestellt, deren Annahme in der Regel verweigert wird, worauf die Firma überhaupt nichts mehr von sich hören läßt. Die Apparate selbst sind stets nur von minderwertiger Art. Eindringlich muß ferner vor den Nebenverdienstangeboten durch Adressenschreiben usw. gewarnt werden, besonders wenn die Angebote unter Chiffre erscheinen und die Voreinsendung von Geld für das zu liefernde Material verlangt wird. Denn in der Regel erhält der Bewerber, der seinen letzten Groschen ausgibt, in der Hoffnung, wenigstens vorübergehend eine Beschäftigung zu finden, nur wertlose Prospekte, sofern es nicht überhaupt von Anfang an nur auf die eingehenden Geldbeträge abgesehen war. Auch vor sogen. Darlehnsschwindlern ist in diesem Zusammenhange dringend zu warnen. — Bei unserer Zeitung wandern alle derartigen zweifelhaften Anzeigen in den Papierkorb.

—* **Vor einem schneearmen Winter?** Wenn eine alte Bauernregel zutrifft, haben wir diesmal mit einem schneearmen und milden Winter zu rechnen. Jedenfalls nimmt der Landwirt auf Grund altväterlicher Erfahrungen und Ueberlieferungen an, daß kein starker Schneefall zu erwarten ist, wenn der November, der Windmonat, mit feuchtem Wetter beginnt. Das war in diesem Jahre der Fall. Und eine alte Bauernregel sagt deshalb: „Allerheiligen feucht, wird der Schnee sehr leicht."

—* **Der Kreisausschuß für Jugendpflege** veranstaltet mit Unterstützung der Regierung in Arnsberg am Freitag den 28. und Sonnabend den 29. November 1930 im Hotel Schrader in Berleburg einen Lehrgang über das schlechte und gute Buch und über die rechte Bildbetrachtung. Mit dem Lehrgang ist eine Ausstellung von Büchern, Bildermappen, Meisterbildern, Künstlerpostkarten usw. verbunden. Der Leiter des Lehrganges, Hauptlehrer Benfer aus Dortmund-Rahm, hält Vorträge über „Das gute und das schlechte Buch. Die Jugend und die Kunst. Mittel und Wege zur Einrichtung neuer Büchereien. Wege zur Bildbetrachtung." Das Volksbildungswesen ist besonders, soweit es sich um die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Lesestoff handelt, im Kreise Wittgenstein noch ziemlich wenig entwickelt. Nur wenige Gemeinden verfügen über Volks- und Jugendbüchereien, und diese sind meist sehr klein und auch wohl in den letzten Jahren im allgemeinen nicht mehr ergänzt worden. Der Lehrgang soll daher gleichzeitig auch die Ausgestaltung der bestehenden und Einrichtung neuer Büchereien fördern. Gerade in unserer ländlichen von jedem Verkehr abgeschlossenen Gegend und dem Fehlen jeglicher der geistigen Fortbildung dienenden Einrichtungen sind gute Büchereien ein wertvolles Mittel für die Volksbildung. Bei der heutigen großen Erwerbslosigkeit würde manch einer gerne zu einem guten Buch greifen, um sich damit nicht nur Unterhaltung zu verschaffen, sondern sich auch weiterzubilden. Ganz besonders dient der Lehrgang unseren Jugendlichen. Sie sind an sich schon durch die Arbeitslosigkeit sittlichen Gefahren besonders ausgesetzt. Die Beschäftigung mit guten Büchern und die richtige Betrachtung der Bilder unserer großen Meister werden sie leichter über diese Gefahren hinwegbringen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese seltene Gelegenheit von allen Kreisen der Bevölkerung ausgenutzt und die Ausstellung und Vorträge einen guten Besuch aufzuweisen hätten.

*

Laasphe:

* **Starke Flut.** Das Regenwetter der letzten Tage, besonders aber der heftige Regen in der verflossenen Nacht, hat ein starkes Anwachsen unserer heimischen Gewässer zur Folge gehabt. Lahn und Laasphe sind bereits stellenweise über die Ufer getreten. Ein weiteres Steigen ist jedoch vorläufig nicht zu befürchten.

* **Von einem Auto angefahren** wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein älterer Herr von hier auf der Bahnhofstraße unterhalb der Post. Glücklicherweise erlitt der Angefahrene außer den Schmerzen und dem ausgestandenen Schrecken keine ernstlichen Verletzungen, sondern nur Hautabschürfungen, wie uns von Herrn Dr. Wamich auf unsere Anfrage mitgeteilt wurde. Das Auto war aus Hagen.

* **Nat.-soz. Versammlung.** Auf die am morgigen Samstag abend im Bosch'schen Saale stattfindende Versammlung sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Näheres siehe Anzeige im Inseratenteil.

*

Erndtebrück:

Ausmahlungsvorschriften. Gelegentlich der Aussprache über die Ausmahlungsvorschriften in der Gemeindeversammlung wies Gemeindevorsteher Sureth u. a. darauf hin, daß das Ausmahlen im Bereich der Müller-Zwangsinnung des Kreises Siegen nach anderen Richtlinien erfolge. Uns liegen die vom Innungsvorstand herausgegebenen Ausmahlungsvorschriften für Roggen, gültig ab 15. August 1930 vor, die folgendermaßen lauten: „Nach dem neuen Brotgesetz ist auszumahlen: 1. Roggen bis zu 60 %, 2. Roggenschrot bis zu 97 %. Auf Wunsch des Selbstversorgers kann der Roggen auch zu jedem anderen Prozentsatz ausgemahlen werden. Die Ausmahlung muß jedoch auf einem Sackanhänger erkenntlich sein. Solches Mehl darf nicht in den Handel kommen usw." Diese Anweisung an die Müller ist mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen unvereinbar und läßt auf eine irrtümliche Auslegung dieser Bestimmungen schließen. Daß sie ferner ohne Einvernehmen mit der Verwaltungsbehörde zustande gekommen ist, ist wohl ohne weiteres anzunehmen. Die hiesigen Müller haben gegen die zweierlei Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen Schritte unternommen, um einer weiter zunehmenden Abwanderung ihrer Kunden nach der im Kreis Siegen gelegenen Mühle Altenteich vorzubeugen. Gleiches Recht für Alle muß in diesem Falle gefordert werden.

Gemeindeversammlung. Als erster Punkt der Tagesordnung stand die Deckung des der Gemeinde zufallenden Fehlbetrages des Kreisdefizits auf dem Gebiet der Wohlfahrtsfürsorge zur Beratung. Wenn auch Ueberschreitungen des Haushaltsplanes trotz sorgfältigster Aufstellung unter den derzeitigen Verhältnissen nicht zu vermeiden sind, so löste doch die Art, wie der Fehlbetrag gedeckt bezw. von den Gemeinden aufgebracht werden soll, in der Versammlung größtes Befremden aus. Die Gemeindevertretung ist einmütig der Ansicht, daß die Repartierung des Fehlbetrages in der üblichen Form eine außergewöhnliche Härte für die Gemeinde Erndtebrück bedeutet. Sie geht bei dieser Beurteilung von der Tatsache aus, daß die Gemeinde Erndtebrück sich jede erdenkliche Einschränkung in ihren Ausgaben auferlegt habe. Die Gemeindevertretung ist weiter einstimmig der Ansicht, daß die Deckung des Fehlbetrages, der vorwiegend durch die weniger sparsame Wirtschaft anderer Gemeinden entstanden ist, auf anderem Wege versucht werden müsse, und hält eine weitere Belastung der Steuerzahler für unmöglich. Hierzu gibt die Gemeindevertretung folgende Umlagesätze für das laufende Jahr bekannt: 400 % auf Grundvermögensteuer, 700 % vom Gewerbeertrag und 1300 % vom Gewerbekapital. — Sodann nimmt die Gemeindevertretung Kenntnis von dem Stand der Verhandlungen mit der Fürstl. Verwaltung betreffs Aufteilung der Gutsbezirke. Gemeindevorsteher Sureth weist ferner darauf hin, daß für den Bau von Landarbeiterwohnungen noch Gelder zur Verfügung stehen, die zinslos abgegeben werden. Es liegt daher im Interesse von Baulustigen, die eine jährliche Beschäftigungsdauer von 12 Wochen in fremden land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben nachweisen können, sich mit den weiteren Bestimmungen bekannt zu machen, bezw. sich mit dem Gemeindevorsteher in Verbindung zu setzen. Die Inanspruchnahme solcher Kredite ist außerordentlich günstig. — Einem Antrag auf Ueberlassung eines Bauplatzes wurde unter den üblichen Bedingungen entsprochen. — Gemeindevertreter Nollkämper erstattete Bericht über die mit dem Gleichrichter der elektrischen Anlage in der Schule gemachten Versuche und stellte fest, daß die Anlage vollkommen in Ordnung ist. (Die in einer auswärtigen Zeitung gebrachte gegenteilige Notiz entspricht somit nicht den Tatsachen. Schriftltg.) — Ueber die von der Wegebau-Kommission geplante Verlegung von Straßenlampen zur Verbesserung der Ortsbeleuchtung erstattete Gemeindevertreter Frettlöh als Mitglied dieser Kommission eingehend Bericht. Die Gemeindevertretung gab hierzu ihre Zustimmung. — Gemeindevorsteher Sureth kam sodann auf die Bestimmungen für die Ausmahlung von Brotgetreide zu sprechen. Obwohl es sich um ein Reichsgesetz handelt, für das eine einheitliche Handhabung in Frage kommt, hat Herr Sureth doch Schritte unternommen, um für die hiesigen Selbstverbraucher mit Rücksicht auf die besonders gearteten Verhältnisse unserer Gegend entsprechende Zugeständnisse zu erreichen. Ein Ausmahlungsgesetz von 60 % bedeutet für die hiesigen Landwirte, die infolge der späten Reife mit der Roggenernte sehr häufig in die nachsommerliche Regenperiode kommen, eine unverkennbare Härte, sodaß der Antrag auf Erhöhung des Ausmahlungssatzes auf 70 bis 75 % durchaus berechtigt ist. — Der Antrag der Bewohner im Steinseifen auf Anbringung einer Straßenlampe, soll durch die Wegebaukommission näher geprüft werden. — Den Schluß der Tagesordnung bildete wie immer eine stattliche Anzahl Steuerreklamationen und Unterstützungsanträge, die je nach den finanziellen Verhältnissen der Antragsteller erledigt wurden.

*

— **Biedenkopf.** „Das nächste Amtsgericht." Das Gefängnis des Amtsgerichts in Battenberg ist geschlossen worden und dessen Zuständigkeit für die Entscheidung in Haftsachen auf das Amtsgericht in Frankenberg übergegangen. Infolge dieser Uebertragung kommt der Amtsrichter in Battenberg nicht mehr als der „nächste Amtsrichter" in Betracht.

— **Eibelshausen.** Schwere Krawalle. In einer hiesigen Wirtschaft kam es am Buß- und Bettag nachmittag zu einem Wortwechsel zwischen einem fremden Handwerksburschen und dem 22jährigen Wilh. P. von hier, der den ruhig bei seinem Glase Bier sitzenden Wandersmann andauernd belästigte. Als der Wirt die beiden Streithähne auf die Straße setzte, folgte der Einheimische dem Fremden und schlug ihn mit einer Latte nieder; außerdem versetzte er ihm einen Messerstich, der den Bedauernswerten schwer verletzte. Der Landjägermeister B. verhaftete den Täter bald darauf in einer anderen Wirtschaft. Auf dem Wege zum Arrestlokal riß sich dieser jedoch los; später jedoch konnte ihn der Landjägermeister in einer andern Wirtschaft wieder festnehmen und ihn ins Arrestlokal sperren. Eine erregte Menschenmenge sammelte sich alsbald an, die die Ansicht vertrat, daß der Verhaftete gar nicht der Messerstecher sei. Sie befreite den Inhaftierten und der Landjägermeister gab, als die Menge noch nicht weichen wollte, nach einigen Schreckschüssen fünf scharfe Schüsse ab, deren einer den 26jähr. Emil Klingelhöfer in den Fuß traf. Der Verletzte mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. — Die Darstellungen des Landjägermeisters und der Einwohnerschaft über den Vorfall gehen sehr auseinander.

Vermischtes

— **Marburg.** Zauberkünstler Bellachini †. Hier ist kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres der bekannte Hofzauberkünstler Bellachini-Strack an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Bellachini-Strack bereiste vor dem Kriege fast alle europäischen Länder. Er war mehrfacher Hofrat und Besitzer vieler in- und ausländischer Ehrenzeichen. Seinen Lebensabend hat er in Marburg verbracht. Bellachni-Strack war auch in Laasphe von seinen früheren Vorstellungen her gut bekannt.

— **Siegen.** Konkurrenzkampf auf rabiate Weise. Auf dem Wochenmarkt haben seit einigen Monaten auch Bonner Händler ihre Stände aufgeschlagen, die sich regen Zuspruches erfreuen, da ihre Preise weit unter denen der hiesigen Verkäufer liegen. Ein Teil von diesen versuchte nun den Konkurrenzkampf mit rabiaten Mitteln zu führen und forderten vor dem Stand eines Bonner Händlers das Publikum auf, nur bei Einheimischen zu kaufen. Es kam zu einem Wortwechsel mit dem Händler, der in Tätlichkeiten ausartete, denen die Polizei jedoch ein schnelles Ende machte. Das Publikum hatte bei der Auseinandersetzung sehr deutlich für die Auswärtigen Partei ergriffen.

— **Wetzlar.** Ein raffinierter Schwindler. In letzter Zeit trat hier ein sehr schneidiger Herr auf, der sich als Regierungsrat, auch als Flugkapitän ausgab und von der Regierung in Koblenz zur Ueberwachung der politischen Polizei nach Wetzlar gesandt sein wollte. Der Herr „Regierungsrat" verstand es vorzutäuschen, daß er über sehr gute Kapitalanlagen im Auslande verfüge. Dem „Regierungsrat" wurden in einem Falle 23 500 Mark, dann 11 000 Mark, in einem anderen Falle über 200 Mark anvertraut, die er im Auslande unterbringen sollte. Der „Regierungsrat", der sich inzwischen verlobt hatte, nahm das Geld und verschwand. Er wird bis jetzt vergeblich gesucht. Es handelt sich vermutlich um einen Techniker namens Dietz aus Lorch a. Rh.

— **Biebesheim.** Zwei Herzen und ein — Schwein. Der Bahnarbeiter H. Sudheimer schlachtete dieser Tage ein Schwein, welches zwei Herzen hatte. Das eine war doppelt so groß und das andere halb so groß, als ein normales Herz gewöhnlich ist.

— **Ein Riesenbau in Berlin.** In Berlin wird gegenwärtig das „Amerikahaus" am Reichskanzlerplatz gebaut. Die Zahlen über die Ausdehnungen dieses Hauses sind erstaunlich. 12 000 Quadratmeter umfaßt das Baugelände mit 600 Meter Straßenfront. Der bisherige Bauumfang beträgt 130 000 Kubikmeter. Das Gelände umfaßt 16 000 Büroräume, von denen bereits die Hälfte an führende Industriefirmen und auch an die Funkstunde vermietet sind. 20 Läden, 4000 Quadratmeter für ein Kino für 2400 Personen, ein Kabarett für 1200 Personen, eine Tanzhalle für 1000 Personen, ein modernes Kaffee für 2600 Personen und das bereits im Bau befindliche Kindlbräu mit einem Raum für 800 Gäste stellen so das vor, was augenblicklich auf dem Gelände papiermäßig untergebracht wurde. Ferner sind noch zwei Riesen-Dachgärten und ein Aussichtsturm vorgesehen.

90 Millionen Defizit der Stadt Berlin.

Berlin, 21. Nov. Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung eine neue Dringlichkeitsvorlage über die Deckung des Defizits im laufenden Haushalt zugehen lassen. Das Defizit hat sich inzwischen auf 90 Millionen Reichsmark erhöht. Der durch Steuern zu deckende Teil beträgt demnach jetzt rund 30 Millionen, von denen bisher nur 3.2 Millionen durch die beschlossene Erhöhung der Biersteuer gedeckt sind.

Ueberfall auf einen Postgeldtransport.

Berlin, 21. Nov. In Wittenberg wurde von vier Unbekannten ein Ueberfall auf zwei Postbeamte ausgeführt, die sich auf dem Wege zur Reichsbank befanden, um dort die Gelder des Postamts zu deponieren. Die Verbrecher erbeuteten 24 500 Reichsmark und konnten in einem Auto, das die Nummer IA 65 187 trug, unbekannt entkommen. Als die inzwischen alarmierten Reichsbankbeamten hinzukamen, hatte der Wagen der flüchtigen Räuber bereits mehrere hundert Meter zurückgelegt, so daß die Schüsse der Beamten ohne Wirkung blieben. Der Wagen schlug die Richtung Berlin ein.

Zusammenstoß zwischen zwei deutschen Fischdampfern.

Tromsö, 21. Nov. Die beiden deutschen Fischdampfer „Elli Schröder" und „Grönland" sind in der Nähe von Tromsö zusammengestoßen. Die „Elli Schröder" wurde am Bug schwer beschädigt und konnte den Hafen nur mit knapper Not in sinkendem Zustand erreichen. Die „Grönland" wurde weniger schwer beschädigt. Wie verlautet, ist ein Mann der Besatzung der „Elli Schröder", die sich auf der Heimfahrt vom Weißen Meer befand, bei dem Zusammenstoß tödlich verunglückt.

Furchtbare Gasexplosion in Ploeschti.

Bukarest, 21. Nov. In Ploeschti ereignete sich eine furchtbare Gasexplosion, die den Brand eines Oelbehälters der Petroleumgesellschaft Astra Romana mit 500 Waggon Inhalt verursachte. Der Behälter brannte vollkommen aus. Die Flammen erreichten eine Höhe von 60 Metern. Die heftige Explosion erschütterte die Häuser der ganzen Stadt. Der Schaden wird auf 30 Millionen Lei geschätzt. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

*

— **Aus dem reichen Amerika.** Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten am 1. Dezember 1929 25 000 Banken, von denen 22 ein Einlagekapital von über 200 Millionen Dollars besitzen. Die größte amerikanische und zugleich die größte Bank der Welt überhaupt ist die National City Bank in Newyork, deren Gesamtmittel auf über zwei Milliarden Dollar geschätzt werden. Neben den 2 434 540 amerikanischen Steuerzahlern, die 1928 ein versteuerbares Durchschnittseinkommen von 6078 Dollar besaßen und den 110 Millionen Bürgern, deren Einkünfte so gering oder gar nicht vorhanden sind, daß sie keine Steuern zu zahlen brauchen, zählte man in den Vereinigten Staaten im Jahre 1927 290 Personen mit über 1 Million Dollar Jahreseinkommen. 1928 stieg ihre Zahl auf 496, von denen 24 ein Durchschnittseinkommen von 10 Millionen Dollar hatten.

— **Tornadokatastrophe in Amerika.** Von einem schweren Tornado wurde die kleine Ortschaft Bethany, ungefähr sieben Meilen von Oklahoma, heimgesucht. Der ganze östliche Teil des Ortes mit über 200 Gebäuden wurde vernichtet. Ueber 60 Personen wurden verletzt; 17 Leichen sind bisher aus den Trümmern geborgen worden. Der Orkan war von einem starken Regen begleitet, so daß das Wasser in den Straßen fast fußhoch stand. In dem Nachbarort Kemel wurde das Schulhaus zerstört. Zwei Schüler fanden dabei den Tod, zwei weitere Kinder wurden verletzt. Dadurch, daß der Regenguß mehrere Stunden andauerte, wurde das Rettungswerk stark behindert.

— **Ueberschwemmungen auf Honolulu.** Ein Wolkenbruch rief im Norden Honolulus große Ueberschwemmungen hervor. Vier Personen sind ertrunken.

Vom „Do X".

Start in Bordeaux.

Das Riesenflugzeug „Do X" ist am Donnerstag 11.10 Uhr in Bordeaux gestartet und hat die Richtung La Coruna (Spanien) eingeschlagen.

Dr. Dornier war um 9 Uhr im Auto, begleitet von zehn weiteren Wagen, in denen die offiziellen Persönlichkeiten des Hafens von Bordeaux und der dortigen Präfektur Platz genommen hatten, am Ankerplatz des Flugschiffes in Roquede-Thau eingetroffen. Das regnerische Wetter der letzten Tage hatte sich aufgeklärt, und schönster Sonnenschein herrschte. Mehrere hundert Neugierige wohnten den Startvorbereitungen bei.

„Do X" in Santander gelandet.

Das Flugschiff „Do X" ist am Donnerstag gegen 15 Uhr in Santander glatt gelandet. Diese große spanische Hafenstadt an der Nordküste Spaniens war ursprünglich als spanischer Anlaufhafen in Aussicht genommen und hatte an Dr. Dornier nach Bordeaux eine Abordnung entsandt mit der Bitte, auf dem Fluge nach La Coruña eine Zwischenlandung vorzunehmen. Das Wetter im Golf von Biscaya war während des Fluges stürmisch und regnerisch. An Bord alles in bester Ordnung. Der Weiterflug nach La Coruña findet statt.

Gedenket der Toten!

Schmückt ihre Gräber!

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Samstag: Fortbestand des trüben, zu Niederschlag neigenden Wetters, kälter.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 21. 11., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		+10° C
Barometerstand:	(gestern 768 mm)	768 mm
Feuchtigkeit der Luft:		96 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	+11° C
Niedrigste Temperatur	(" " " "):	+6° C
Niederschlagsmenge	(" " " "):	27,0 mm

Literarisches.

Francis Brett Young: **Der schwarze Diamant.** Roman. Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Bruno Glaser. In Ganzleinen gebunden 4,20 RM. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2. Das vorliegende Buch, das den großen Ruf des Autors in der zeitgenössischen englischen Literatur begründete, ist die Geschichte eines jungen Mannes, der als Grubenarbeiter in den Midlands aufwächst. Von fast der ersten Seite bis zur letzten sind es Frauen, die seinen Lebensweg bestimmen. Einer Frau wegen verläßt er die Stadt und wandert hinüber nach den Marschen von Wales, um dort Arbeit zu suchen. Sehr bald wird er in neue Liebeshändel verwickelt und auch in Verbrechen. Aber trotz all seiner Sinnlichkeit und Rauheit leuchtet Abner Fellow hervor als ein wirklich schöner und tragischer Charakter. Hugh Walpole, der bekannte englische Romancier, schreibt: „Ich halte Francis Brett Young für einen der besten jüngeren englischen Romanschriftsteller. Wenn unsere Generation den Platz der älteren Männer einnimmt, wüßte ich keinen, der mehr Aussicht hat, an erster Stelle zu stehen. Einmal schreibt Francis Brett Young eine prächtige Prosa, dann ist er ein wahrhafter Schöpfer von Charakteren. V.d.B.-Bücher sind heute für Ungezählte ein Begriff geworden für literarische Qualität, künstlerische Schönheit, technische Vollkommenheit und unerreichte Preiswürdigkeit.

Wärme von innen heraus spendet Humor und fröhliche Laune, erzeugt sicher und sofort die Lektüre der Fliegenden Blätter! Unerschöpflich im Berichten neuer Witze und Anekdoten, bringen sie in jeder Nummer noch Humoresken und Satiren in Reim und Prosa, aktuelle Gedichte und Glossen, Lieder und Rätsel, Lyrik und Spott. Ebenso vielartig, wie in ihren literarischen Beiträgen präsentieren sich die Fliegenden Blätter mit ihren Illustrationen, die von erprobten Mitarbeitern ausgeführt, ebenso den stimmungsvollen Ton ernster Poesie, wie den grotesken Einschlag karikaturenmäßiger Darstellung zu treffen wissen. Politisch sind die Fliegenden Blätter nie — anständig immer! Sie sind damit das Witzblatt für jeden, für jede Familie, in der deutsche Sprache und deutscher Humor eine Heimstätte haben.

Die ständig wieder erscheinenden Preisaufgaben, in denen die beste Pointe für eine angefangene literarische oder bildliche Humoreske zu finden ist, sind nicht nur Anregung zur Erprobung eigenen Spürsinns auf den Wegen der Lustigkeit, sondern haben auch ansehnliche Geldpreise für die geschicktesten Pfadfinder.

Das Abonnement auf die Fliegenden Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München 27, Möhlstr. 34. Die seit Beginn eines Vierteljahres bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nachgeliefert.

Gegen Röte der Hände

und des Gesichts sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße, fettfreie **Creme Leodor,** welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme **wundervoll kühlend** bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife, 50 Pf. das Stück. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Ausschneiden!

BESTELLZETTEL

Ich bestelle aus dem Südwestdeutschen Funkverlag Frankfurt a. M., bei der Buchhandlung .....

.....Expl.

Deutscher Rundfunk-Kalender 1931

Preis RM 1.90

Name:.....

Ort u.

Straße:.....



„Scott kennt jedes Kind als Polarforscher, aber ebenso bekannt ist Scott als Erfinder der Lebertran-Emulsion". Diese ist durch den Gehalt von Kalk, Fett, Phosphor, Jod und Vitaminen, in der von der Natur geschaffenen Zusammensetzung, das idealste Nährmittel für Jung und Alt. Ein Versuch mit 1—2 Fl. genügt, um dieses zu erfahren, Tausende von Attesten loben Scott. — Versuchen Sie auch Scott, Sie werden von der Wirkung überrascht sein und verlangen Sie nur „ORIGINAL SCOTT", in Apotheken und Drogerien.

Depot: Wittgenst. Drogerie Hintz, Laasphe.

N.S.D.A.P.

Am Samstag abend 8¼ Uhr

öffentliche Versammlung

in der Wirtschaft Bosch.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Kreisleitung Wittgenstein.

Achtung! Achtung! Billig! Billig!

Verkaufe ab heute einen größeren Posten

Schuhwaren

weit unter Preis.

Otto Schäfer

Laasphe, Königstraße 25.

Lichtstrahlen.

Um mich her die großen Scharen,
die verkrüppelt, siech und blind,
mir jetzt schon seit 50 Jahren
Pfleg- und Sorgenkinder sind,
dürsten danach, sich zu laben
an der Liebe Weihnachtsgaben.
Laßt mich bitten, laßt mich flehen,
für die Aermsten groß und klein,
daß sie in dem Jammer sehen
des Erbarmens milden Schein,
einen Strahl von jenem Licht,
das durchs Leidensdunkel bricht.

Als Lichtstrahlen in das Dunkel seiner tausend Kreuzträger erbittet Scherflein im 50. Jubiläumsjahr der 86jährige Krüppelvater D. H. Braun, Sup. i. R., Angerburg Ostpr. (Postscheckk. Königsberg 2423).

Sämtliche Drucksachen

liefert preiswert

Buchdruckerei E. Schmidt

Kirchlicher Anzeiger.

Ev. Gemeinde Laasphe.

24. Sonntag nach Trinitatis.

Totenfest.

10 Uhr: Gottesdienst, P. Bauer.

11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

5 Uhr: Gottesdienst mit Vorbereitung und Feier des heiligen Abendmahls.

Laaspherhütte.

1½ Uhr: Feier auf dem Friedhof.

2 Uhr: Vorbereitung und Feier des heiligen Abendmahls, P. Heynen.

Kollekte für die Gemeinde-Kirche.

Kath. Gottesdienst in Laasphe.

Sonntag, den 23. November 1930, vorm. ½12 Uhr.

Glückssucher / Roman von Erika Riedberg

5] Nachdruck verboten.

„In seinem großen Landhaus kann er eine Wirtschafterin gebrauchen. Außerdem bietet des Pastors Stand und Ruf ihr Schutz bezüglich ihrer Vergangenheit. Ich denke, meine Frau wird das schon machen."

Lenzbach sprang auf. Fast mit Tränen der Dankbarkeit und Erleichterung drückte er Walthers Hand.

„Mein größter Dank ist Ihnen gewiß."

Sie wehrten lachend ab. „Was Gewisses ist es noch nicht. Und vor allem nichts zu danken. Sind doch Landsleute. Wissen Sie nicht mehr: Tapfere Hannoveraner seien wir. Zwar meine Frau ist ein blondes Kind vom Rhein. Also morgen wird gemacht, was gemacht werden kann. Und nun werfen Sie Ihre Sorge wegen der Wera hinter sich. Es steckt bestimmt ein guter Kern in dem Mädel. Und wenn sie mal hinaus will, ein wirkliches oder vermeintliches Glück zu suchen, lassen Sie sie ziehen. Sie kommt schon wieder. Der echte Oberschlesier kann ja doch nicht ohne seine Kiefern und Schlote leben."

„Wenn es dann nur nicht zu spät ist. Wera hat ein wildes Herz und einen ungebändigten Sinn. Und nie hat sie uns ihr Gemüt aufgeschlossen. Jedenfalls aber habe ich hier bei Ihnen eine Felsenlast abgeladen und werde Ihre Hilfsbereitschaft nie vergessen."

„Schön, schön, nun aber nichts mehr von Dank," sagte der Doktor. „Elseke, was meinst du zu einer Flasche heimatlichen Rheinwein? Hm?"

Frau Else lächelte und brachte das Gewünschte.

Gemütlich plaudernd saßen sie beisammen, bis dann das Telephon schrillte und den Doktor daran erinnerte, daß es keine Ruhe für ihn gebe, daß sein Leben nicht ihm, sondern der leidenden Menschheit gehöre . . .

Es ward alles zufriedenstellend geordnet. Marfa Ceres übersiedelte als Wirtschafterin in das Jarnowitzer Pfarrhaus.

Die lieben Nächsten waren zuerst verblüfft, regten sich noch eine Weile über das Glück der leichtsinnigen Person auf, und verstummten allmählich, wie man allmählich über jedes Ereignis, sei es im Guten oder Bösen, verstummt.

2. Kapitel.

Auf dem Gut war die Ernte im Gange. Alles prangte in satten Farben. Die Getreidewagen ächzten und stöhnten unter der übervollen Last. Und oben auf diesem goldgelben Segen das Volk der Knechte und Mägde in ihren bunten Jacken und Röcken, nackt die Beine und Arme und die sonnenbraunen Hälse, johlend, lachend und fröhlich wie Kinder.

Auf den abgeernteten Wiesen war zum zweiten Male im Jahre ein Blumenteppich hervorgeblüht. An den Rändern der Flüsse und Teiche grünte Tollkirschenkraut in die Sonne empor, und über allem wölbte sich Tag für Tag ein Himmel, tief und blau. Und die warme, warme Sommerluft war so durchtränkt von den Wohlgerüchen der Wiesen und einen überall schwebenden leisen Waldmeisterduft, daß man wie sonnentrunken durch diese Glut und Pracht dahinschritt . . .

Die Villa des Generaldirektors ward an solchen Tagen nicht leer von Gästen. Die Hausfrau freilich sah all diese Menschen ein wenig nervös kommen und gehen. Sie war zarter Gesundheit, etwas eigenwillig und gegen die Interessen anderer gleichgültig.

Nur eine Leidenschaft kannte sie: ihren Sohn.

Seit Wolf Werner vom Gymnasium in Jarnowitz zurückgeholt war, weil seine Mutter das Heimweh nach ihm nicht ertrug, war er wie die beiden Söhne des Grafen von einem Hauslehrer unterrichtet worden. Sie hatte ihm eine Jugend voll von Sonnenschein bereitet. Er war ihr Stolz, ihr Lebensinhalt, ihr Leben selbst.

Nur mit Mühe erreichte der Vater den Besuch der nächstgelegenen Forstakademie, schließlich war sie damit einverstanden, da ihn längere Ferien alljährlich zu ihr zurückführten.

Nun waren seine Studien beendet . . . Frau Linda betete ihn an. Kein Glück des Himmels und der Erde schien ihr hoch und groß genug für ihn. Ganz heimlich gingen ihre Gedanken und Pläne nach dem benachbarten alten Grafensitz hinüber. War sie doch selbst als armes aber adliges Fräulein aus bitterer Abhängigkeit in das Haus ihres Mannes gekommen.

Gehörte also ihr Sohn nicht mütterlicherseits den bevorzugten Kreisen an? War mithin der Weg von ihm zum Grafen gar zu weit? Die Kluft unüberbrückbar?

Ihre Muttereitelkeit spann so lange an diesen Träumen und Zukunftsbildern, bis sie fast verwirklicht vor ihrer Phantasie dastanden.

Mit kluger Geduld, fast unmerklich, suchte sie Wolf zu beeinflussen. Wie ihr Mann über ihren mütterlichen Ehrgeiz dachte, kümmerte sie wenig. Jedenfalls glaubte sie sich eins mit ihm im Erhoffen einer großen Zukunft ihres Sohnes.

Von der wahren Ursache, die Wolf an Freudeck fesselte, davon, daß die Kinderneigung zu Irene Lenzbach wahre, tiefe Liebe geworden war, davon kam ihr auch im tiefsten Traum keine Ahnung.

Nie hatte ihr Hochmut auch nur einen Verdacht oder Argwohn dem Inspektorhause gegenüber bisher gehegt. Ein Tag, an welchem die Sonne glühend herniederbrannte, hatte wiederum eine Anzahl Besucher in des Generaldirektors Haus geführt.

In echt oberschlesischer großartiger Gastfreundschaft war alt und jung bewirtet worden.

Jetzt am Abend hatte man ein paar herumstreifende Musikanten hereingeholt, die der Jugend zum Tanz aufspielen sollten.

Frau Linda hatte durchaus zum alten Grafen schicken und auch die Komteß Gisela um ihren Besuch bitten wollen — der Direktor hatte es verhindert unter dem Hinweis, daß keiner der Gäste geladen, sondern durch Zufall hergeführt sei. Ohne jede Zurüstung könne man die Herrschaften nicht um ihr Kommen bitten.

So hatte denn Wolf freudigen Herzens seinen Weg zum Inspektorhause genommen, um noch Jugend zur Jugend zu holen, und war mit den Schwestern zurückgekommen.

Als er mit seinen beiden bildschönen Begleiterinnen das saalartige Gartenzimmer betrat, fiedelten die Zigeunermusikanten gerade eine feurige Polonäse.

Im Nu formierte sich der Zug. An ihrer Spitze Wolf Werder mit Irene Lenzbach. Unmittelbar hinter ihnen folgte Wera mit einem sehr geschniegelten Jägeroffizier, der sich bei ihrem Eintritt schon ihrer versichert hatte und sie mit den überschwenglichsten Schmeicheleien überhäufte.

Sie strahlte in Schönheit, aber ihr Gesicht blieb marmorkalt . . . Gleichgültig hörte sie ihm zu, indes ihr stolzer, finsterer Blick auf dem führenden Paar vor ihr ruhte.

Als sich der Zug in vielfachen Windungen und Verschlingungen über die Terrasse in den Garten hinunterzog, die Räume sich leerten, sank Frau Linda ermattet nachdenklich in einen Sessel.

Ihr Mann brachte ihr besorgt von der Anrichte eine Erfrischung.

Sie trank durstig und sah ihn unruhig an.

Er fragte freundlich: „Wird es dir zu viel?"

„Ein wenig wohl! Aber ich freue mich doch auch an der Jugend und Heiterkeit. Nur," setzte sie zögernd hinzu, „findest du es ganz passend, daß Wolf mit des Inspektors Tochter den Tanz anführt?"

„Liebe Frau, was könnte man dagegen sagen? Es ist keine offizielle Gesellschaft — die alte Kinderfreundschaft spricht mit — und lieblich und bescheiden ist das Mädchen ohne Frage."

„Ja gewiß", gab sie immer noch nachdenklich zu.

„Aber bedenke den Skandal mit ihrer Verwandten, der Marfa Janek. Es bleibt doch immer etwas hängen, nicht wahr? Oder hältst du die Familie noch für einwandfrei?"

„Liebes Kind, was kann der Inspektor dafür, es sind kreuzbrave Leute. Und was geht schließlich uns die Sache an? Die Frau ist durch Vermittlung des Doktors Walther gut untergebracht und allen hiesigen Klatschmäulern aus dem Wege."

„Laß doch die Jugend tanzen, wie sie tanzen mag."

Indessen hatte sich im Garten der Zug aufgelöst. Ein Teil der Gesellschaft kehrte zu den Gastgebern in den Saal zurück, während unter Lachen und Scherzen mehrere Paare draußen blieben.

Hand in Hand, wie sie an der Spitze des Zuges geschritten, gingen Wolf und Irene im Dunkeln der Laubengänge dahin.

Die aufreizenden Musikweisen, die ganze Festfreude, Mond und Sternenschein, alles kam zusammen, um ihnen eine trunkene Lebenswonne durch die Adern zu jagen.

Wolf warf den schönen dunklen Kopf zurück. Seine Blicke suchten den Himmel zwischen den Baumwipfeln.

Zart und innig schlang sich sein Arm um Irenes Schultern.

„Weit durch die Wälder
mußte ich wandern,
Schönste Iranka, zu dir,
zu dir nur allein." —

Er hob ihr holdes Angesicht. — Ihre Lippen fanden sich im Kuß, und wieder einmal trug reine Liebe ein Menschenpaar über alles Irdische hinweg. Und ließ sie für selige Minuten Himmelsluft atmen. —

Auf daß die göttliche Erinnerung fernerhin alles durchleuchte und ertragbar mache, was die Welt ihnen aufwirbeln könnte.

„Wie ein Gebet sind deine Küsse," sagte er leise.

In unsäglich reiner Hingebung sah sie zu ihm auf.

„Wolf! Mein lieber Wolf! Mein ganzes Leben ist ja auch nur allein ein Gebet für dich."

„Mein Lieb, wie schützende Schwingen hat mich das Gedenken des reinen Herzens umschwebt. Iranka, Süßeste, wie schön wird unser Leben sein."

Innig, doch etwas zaghaft, schmiegte sie sich an ihn.

„Mein Wolf, wie überselig bin ich, — aber —"

„Nun aber?"

„Deine Eltern?" flüsterte sie bang.

Er lachte übermütig.

„Wenn du wüßtest, wie sehr meine Mutter mich liebt."

„Eben deshalb. Gewiß werde ich ihr nicht genügen. Und dann — die Komteß Gisela —."

„Ach, du geliebtes Dummchen, denkst du, ich dränge mich in deren Kreis?" **(Forts. folgt.)**